

DER HISTORISCHE BEITRAG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK FÜR FRIEDEN UND FRIEDLICHE KOEXISTENZ ZWISCHEN DEN STAATEN EUROPAS

Mitte des Jahres signierten Repräsentanten von 35 Staaten in Helsinki die Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Die Völker des europäischen Kontinents und aller nach Frieden und friedlicher Koexistenz zwischen den Staaten strebender Länder begrüßen diese, von dem politischen Willen getragene Vereinbarung, »im Interesse der Völker ihre Beziehungen zu verbessern und zu stärken, in Europa zum Frieden, zur Sicherheit, zur Gerechtigkeit und zur Zusammenarbeit, sowie zur Annäherung zwischen ihnen und zu den anderen Staaten der Welt beizutragen«. Der Historiker fügt hinzu, daß dieses, den Interessen der Völker entsprechende Dokument dreißig Jahre nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens signiert werden konnte und die Unterschrift des Repräsentanten der sozialistischen deutschen Republik trägt.

Die Deutsche Demokratische Republik wurde vier Jahre nach der Zerschlagung des faschistischen deutschen Reiches als ein Staat gegründet, der von Anbeginn seiner Existenz für die Sicherung des Friedens, gutnachbarliche Beziehungen zu anderen Staaten und für den gesellschaftlichen Fortschritt eintrat. Die Entstehung und Entwicklung der DDR war in den weltgeschichtlichen Prozeß des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus hineingestellt, der mit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet worden ist und nach der Zerschlagung des Faschismus in den Jahren seit 1944 seine Ausweitung erfährt. Nachdem die Arbeiterklasse verschiedener Länder im Bunde mit weiteren revolutionären Volkskräften schon seit Anfang des 20. Jahrhunderts große Anstrengungen zur Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung unternommen hatte, verhalf sie unter dem Einfluß der siegreichen Lebenskraft des realen Sozialismus nach der Befreiung Europas dem gesellschaftlichen Fortschritt in zahlreichen Ländern zum Durchbruch. Es entstanden weitere Staaten sozialistischen Charakters, so daß das Kräfteverhältnis zwischen Imperialismus und Sozialismus nach dem zweiten Weltkrieg eine weitere Veränderung zu Gunsten des Sozialismus erfuhr. Mit der Festigung der sozialistischen Gesell-

schaftsordnungen in den Ländern und dem Ausbau von Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten sowie ihrerseits zu anderen neutralen und friedliebenden Völkern leisteten die sozialistischen Staaten den entscheidenden Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa.

Der historische Zusammenhang zwischen gesellschaftlichem Fortschritt innerhalb von Staaten und seiner Bedeutung für ihren aktiven Beitrag zur Erhaltung des Friedens bei der Durchsetzung der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung wird auch am Werden und Wachsen der DDR deutlich. Ursächlich durch das Wesen der imperialistischen Herrschaftsordnung bedingt, gingen in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts zwei verheerende Kriege von Deutschland aus. Dank des aufopferungsvollen Kampfes der Völker der Antihitlerkoalition, vor allem der Sowjetunion, und der Kräfte anderer Länder, die sich in Partisanenverbänden oder Volksbefreiungsarmeen zusammenschlossen hatten, konnten der faschistische deutsche Imperialismus bezwungen und völlig neue Voraussetzungen für die Sicherung des Friedens auf unserem Kontinent geschaffen werden.

Durch das Potsdamer Abkommen, am 1. Juli 1945 von den Repräsentanten der Antihitlerkoalition unterzeichnet, wurde festgelegt, daß auf deutschem Territorium ein demokratischer Staat entstehen soll, von dem nie wieder die Gefahr eines weltbedrohenden Krieges ausgehen darf. Dementsprechend wurden politische und sozialökonomische Maßnahmen fixiert, die bei konsequenter Durchführung das Wiedererstehen eines aggressiven deutschen Staates verhindern und den gesellschaftlichen Fortschritt fördern konnten. Diese auf den Frieden gerichtete Orientierung stimmte mit der von der Kommunistischen Partei Deutschlands für Nachkriegsdeutschland ausgearbeiteten Konzeption überein, konnte dessen fester Bestandteil sein und helfen, den sozialistischen Zielen der revolutionären Arbeiterbewegung näher zu kommen. Demgegenüber hatten imperialistische Kreise die Absicht, in allen vier Besatzungszonen sozialökonomische Positionen zu bewahren, die für eine imperialistische Herrschaftsordnung typisch sind um zu gegebener Zeit wieder einen bürgerlich-imperialistischen Staat zu errichten. Damit war der auf Frieden und Fortschritt gerichteten Nachkriegskonzeption der Arbeiterbewegung eine Konzeption restaurativer Kreise entgegengestellt, die erneut kriegerische Gefahren in sich barg. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands und die mit ihr im antifaschistisch-demokratischen Block zusammengeschlossenen politischen Kräfte des neuen Deutschland waren bereit, die zu erwartende Auseinandersetzung mit demokratischen Mitteln und Methoden unter Ausschluß eines Bürgerkrieges auszutragen.

Die im Potsdamer Abkommen niedergelegten Ziele und Grundsätze wurden von der führenden Partei der Deutschen Demokrati-

schen Republik, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, von Anfang an nicht nur anerkannt, sondern ihre Durchsetzung aktiv unterstützt. Sie wurden von allen fortschrittlichen politischen Kräften befürwortet und bei der Gründung der DDR zur Regierungspolitik. In seiner ersten Regierungserklärung am 12. Oktober 1949 begründete Ministerpräsident Otto Grotewohl die Notwendigkeit, für den Kampf um den Frieden auf demokratischer Grundlage und die konsequente gesellschaftliche Umwälzung in der DDR eine starke Staatsmacht der Arbeiter und Bauern zu schaffen. Er erklärte die Freundschaft zur Sowjetunion, zu volksdemokratischen Staaten und allen friedliebenden Völkern zur Grundlage der Außenpolitik und sagte: »Frieden und Freundschaft mit der Sowjetunion sind Voraussetzung für ein Aufblühen, ja, für die nationale Existenz des deutschen Volkes und Staates. Die Freundschaft mit der Sowjetunion gibt uns die Kraft zur Erfüllung der großen nationalen Aufgaben, die sich die Regierung gestellt hat.« Die Politik stimmte mit den Zielen anderer sozialistischer sowie neutraler demokratischer Staaten überein und war darauf gerichtet, eine stabile Friedensordnung in Europa und günstige internationale Bedingungen für den sozialistischen Aufbau zu schaffen. Millionen Werktätige der DDR begrüßten in machtvollen Kundgebungen die Gründung des Staates und das Programm seiner Regierung. Die SED sowie führende Politiker der anderen, in der DDR bestehenden demokratischen Parteien riefen ihre Mitglieder auf, aktiv zu helfen, das Regierungsprogramm zu verwirklichen.

Um alle fortschrittlichen Kräfte für den Erfolg im Kampf um die Festigung des jungen Staates und seines Beitrages für die Erhaltung des Friedens in Europa zu mobilisieren, mußte in der DDR eine große bewußtseinsbildende Tätigkeit entfaltet werden. Vor allem galt es, die historische Wahrheit über die klassenmäßigen Ursachen und Hintergründe der gesellschaftlichen Entwicklung auf deutschem Boden darzustellen, versuchte doch der in der Bundesrepublik Deutschland wieder zu staatlicher Macht gelangte deutsche Imperialismus nicht nur die Anwendung der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen der BRD und der DDR zu verhindern, sondern sogar die Entwicklung der DDR mit ökonomischen und politischen Mitteln zu unterbinden. Sie prophezeiten der Deutschen Demokratischen Republik nur eine kurze Lebensdauer und organisierten unter Ausnutzung der offenen Grenze zwischen Westberlin und der DDR mittels imperialistischer Geheimdienste und Agentengruppen in der DDR ihre Wühltätigkeit.

Den aggressiven Absichten setzte die DDR seit ihrer Gründung alles in ihren Kräften stehende entgegen und verhinderte mit Unterstützung der Sowjetunion und anderen Kräften der sozialistischen Gemeinschaft alle expansiven Absichten des mit ausländischer Hilfe wirkenden in der BRD wiedererstandenen Imperialismus. Obwohl beispielsweise die hohen Kommissare der Westmächte und

die Regierung der BRD 1950 alle Stahllieferungen in die DDR unter-sagten und den Außenhandel zwischen beiden Staaten nahezu zum Erliegen brachten, konnte der III. Parteitag der SED feststellen, daß Dank der Anstrengungen der Arbeiter, der werktätigen Bauern und der Intelligenz mit solidarischer Unterstützung durch die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten der Zweijahresplan der DDR im wesentlichen in 1 1/2 Jahren erfüllt wurde und beschloß den ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik, der eine Ver-dopplung der Industrieproduktion gegenüber den Vorkriegsstand und die Beseitigung schwerwiegender volkswirtschaftlicher Disproportio-nen vorsah. Mit dem Fünfjahrplan verfolgte die SED das Ziel, die Ar-beiter- und Bauern-Macht zu festigen, ihre ökonomische Grund-lage, das Volkseigentum, zu stabilisieren und zu erweitern und dadurch zur Stärkung des Sozialismus in der internationalen Klas-senauseinandersetzung mit dem Imperialismus beizutragen. Bereits im September 1950 konnte die DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe aufgenommen werden, was wesentlich zu ihrer Stärkung und Erfüllung erklärter Absichten beitrug. Der planmä-ßige Aufbau einer sozialistischen Friedenswirtschaft stellte die Ar-beiterklasse und ihre Partei vor schwierige Probleme. Die sociali-stische Ordnung sollte in einem entwickelten Industrieland errichtet werden, das nicht nur die ehemalige Hochburg der besonders ag-gressiven Kräfte des deutschen Monopolkapitals und Junkertums war, sondern zugleich auch das kleinere, wirtschaftlich schwächere und an Rohstoff ärmere sowie von den Kriegsfolgen schwer belaste-te Territorium eines vom Imperialismus gespaltenen Landes umfaß-te. Außerdem war damit zu rechnen, daß der Gegner die offene Grenze zur Bekämpfung des gesellschaftlichen Fortschritts benut-zen und sein starkes ökonomisches Potential sowie seine internatio-nalen Verbindungen einsetzen würde, um die Arbeiter- und Bau-ern-Macht in der DDR wieder zu beseitigen. Wie die Geschichte bewies, nutzte er selbst bestehende verwandtschaftliche und reli-giöse Bindungen zwischen Menschen rücksichtslos für seine Zwecke aus. Regierung und SED schätzen von Anbeginn ein, daß verschärfte Klassenauseinandersetzungen beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht ausbleiben würden. Aber sie sahen in einem engen Bündnis mit der Sowjetunion, in der Festigung der Beziehungen der DDR zu den anderen sozialistischen und friedliebenden Staaten, in der beharrlichen Überzeugung der Werktätigen und der marxistischleni-nistischen Bündnispolitik mit allen politischen Kräften in der Deutschen Demokratischen Republik die Gewähr für eine erfolg-reiche Lösung der ökonomischen und politischen Probleme der DDR; damit schließlich auch zur Erfüllung des Potsdamer Abkom-mens und des Vermächtnisses aller fortschrittlichen antifaschisti-schen Kämpfer und Friedenskräfte.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre gelang den Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik beim Aufbau ihres Staates und Erhöhung seiner internationalen Autorität ein entscheidender Erfolg. Um auf dem Felde der Ökonomie die Frage »Wer-Wen« zugunsten der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu entscheiden, wurde der volkseigene Sektor beschleunigt ausgebaut. Es gelang, schwerwiegende volkswirtschaftliche Disproportionen historischen Ursprungs zu beseitigen und unter Anspannung aller Kräfte eine eigene metallurgische Basis zu schaffen und den Schwermaschinenbau zu erweitern. Mit Hilfe der Wirtschafts- und Finanzpolitik des Staates sowie des Vertragssystems wurde begonnen, den privatkapitalistischen Sektor in den planmäßigen Wirtschaftsaufbau einzubeziehen. Es wurden Erfahrungen gesammelt, um den werktätigen Bauern, den Handwerkern und privaten Einzelhändlern den sozialistischen Weg durch die genossenschaftliche Entwicklung zu ebnen. Die Erfüllung des Fünfjahrplanes zeugte davon, daß in der DDR eine neue geschichtliche Etappe begonnen hatte. In demselben Zeitraum mußten große Anstrengungen unternommen werden, um konterrevolutionäre Eingriffe in die innere Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik abzuwehren und den allseitigen Schutz der Errungenschaften des Volkes der DDR zu gewährleisten.

Entgegen dem Willen der Mehrheit der Bevölkerung waren die herrschenden Kreise in der BRD Anfang der fünfziger Jahre dazu übergegangen, eine Verstärkung der Besatzungstruppen zu verlangen und mit dem Aufbau einer eigenen Armee zu beginnen. Unter dem Namen »Europäische Verteidigungsgemeinschaft« (EVG) sollte eine imperialistische Militärkoalition der westeuropäischen Staaten unter Einbeziehung westdeutscher Kontingente geschaffen werden. Durch eine große Friedensoffensive in Europa wurde die Bildung der EVG verhindert. Da die herrschenden Kreise des Monopolkapitals in der BRD und in den USA jedoch den friedlichen Wettbewerb mit dem Sozialismus fürchteten, trachteten sie danach, die BRD in das NATO-System zu integrieren. Dieser Politik wirkten die sozialistischen Staaten entgegen. Auf der Außenministerkonferenz der vier Mächte, die vom 25. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin tagte, schlug die UdSSR Grundsätze eines gesamteuropäischen Vertrages über Frieden und kollektive Sicherheit vor. Dieser Vertrag sollte die vom Imperialismus betriebene Teilung Europas in entgegengesetzte Militärblöcke verhindern und garantieren, daß jede Aggression im Keime erstickt wurde. Die Vorschläge der UdSSR wiesen den Weg zur Sicherung des Friedens in Europa: insbesondere zur Zügelung der aggressiven Kräfte des Imperialismus in der BRD, die ihre Angriffe vor allem gegen die DDR richteten. Die imperialistischen Mächte lehnten aber alle Vorschläge der Sowjetregierung und der Regierung der DDR an die BRD ab. Sie beharrten auf den Plänen zur Aufrüstung der BRD und zur Eingliederung der DDR in den imperialistischen Machtbereich. Schließlich unterzeichnete Adenauer

im Oktober 1954 die Pariser Verträge. Sie waren ein völkerrechtswidriges Separatabkommen der imperialistischen Westmächte mit dem wiedererstandenen Imperialismus in der BRD, das dem Geist und dem Buchstaben des Potsdamer Abkommens widersprach. Die Eingliederung der BRD in die NATO führte zu einer weiteren Stärkung der volksfeindlichen Klassenherrschaft des Monopolkapitals im innern und der aggressiven Haltung der BRD gegenüber anderen Staaten. Obwohl die herrschenden Kreise der BRD ihren Staat gegenüber der DDR selbst zum imperialistischen Ausland erklärt hatten, verfolgten sie in der kommenden Zeit unter der demagogischen Losung von der »Wiedervereinigung Deutschlands« das konterrevolutionäre Ziel, die Arbeiter- und Bauern-Macht und alle sozialistischen Errungenschaften der Werktätigen der DDR zu vernichten.

Die von der Sowjetunion vorgeschlagene Konferenz europäischer Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa fand Ende 1954 in Moskau statt. Die Teilnehmerstaaten gaben ihren Entschluß bekannt, im Falle der Ratifizierung der Pariser Abkommen gemeinsame Maßnahmen durchzuführen, die zur Stärkung ihrer Verteidigungskraft, zum Schutze der sozialistischen Ordnung und zur Gewährleistung der Unantastbarkeit ihrer Grenzen notwendig war. Damit waren bis zur Mitte der fünfziger Jahre weitreichende politische Entscheidungen gefallen. Die Deutsche Demokratische Republik verankerte sich fester in der sozialistischen Staatengemeinschaft als der einzigen Garantie, die historisch weitreichenden Ziele des sozialistischen deutschen Friedensstaates, die Sicherung des Friedens und die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft in der DDR, zu erreichen. 10 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus und angestrengtem Klassenkampf zeichneten sich weitere Fortschritte im internationalen Kräfteverhältnis zugunsten des entstandenen sozialistischen Weltsystems und der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte ab. Anfang Mai 1955 trat die zweite Konferenz europäischer Länder zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa in Warschau zusammen und ihre Teilnehmer schlossen einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand ab. Die Staaten des Warschauer Vertrages verpflichteten sich zu einer gemeinsamen Politik für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit, zu gemeinsamen Maßnahmen zur internationalen Entspannung und Abrüstung und zu gegenseitiger militärischer Hilfe im Falle einer imperialistischen Aggression. Der Vertrag, der den Prinzipien der UN-Charta und dem Potsdamer Abkommen entspricht, leitete eine höhere Stufe der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf allen Gebieten ein. Neben der militärischen Zusammenarbeit, der Koordinierung der Außenpolitik wurden auch die wirtschaftlichen Beziehungen ausgebaut und die geistig-kulturellen Verbindungen

enger gestaltet. Zwischen dem Warschauer Vertrag und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftliche Hilfe sieht der Historiker enge Bezüge. Die Mitgliedschaft zu diesen Verträgen ist von geschichtlicher Bedeutung. Davon zeugt die Geschichte der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik seit Mitte der fünfziger Jahre. Ihre freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR und zu den anderen sozialistischen Staaten gestalten sich seitdem auf allen Gebieten enger und durch den wirksamen Schutz des Sozialismus konnte die Autorität der DDR sowie ihr internationaler Einfluß weiter wachsen.

Im Jahre 1956 analysierte die III. Parteikonferenz der SED den revolutionären Umschwung seit Gründung der DDR und stellte fest, daß die »Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik . . . nicht mehr zu trennen (ist) von der Entwicklung des ganzen sozialistischen Lagers. Darin liegt die wichtigste Garantie für die weiteren Erfolge der DDR.« Die Konferenz hob die Bedeutung des ökonomischen Wettbewerbs zwischen entgegengesetzten Gesellschaftssystemen hervor, analysierte die Ergebnisse des ersten Fünfjahrplanes in der DDR und orientierte auf den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse bei schneller Steigerung der industriellen Produktion und landwirtschaftlichen Erzeugung, die Schaffung einer leistungsfähigen sozialistischen Volkswirtschaft auf der Grundlage fortgeschrittener Technik, die vorrangige Förderung volkswirtschaftlich wichtiger Industriezweige wie der Grundstoffindustrie, des Maschinenbaus, der Energieerzeugung, der Brennstoffindustrie und der chemischen Industrie und die Weiterentwicklung der Prinzipien, Formen und Methoden der Leitung und Planung der Volkswirtschaft. Umfangreiche Mittel mußten für die Rekonstruktion veralteter Betriebe, für die Mechanisierung und Förderung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vorgesehen und durch den Ausbau der sozialistischen Industrie wirtschaftliche Disproportionen vor allem in der Grundstoffindustrie weiter vermindert werden. Die Parteikonferenz beschloß schließlich auch Maßnahmen zur Verbesserung der Struktur und Arbeitsweise der staatlichen Organe und leitete einen neuen Abschnitt im Aufbau der sozialistischen Staats- und Rechtsordnung ein. Die Beschlüsse der III. Parteikonferenz fanden nicht nur die Zustimmung der Arbeiterklasse sondern auch der Führungsgremien der demokratischen, mit der SED im Block der Parteien verbündeten Organisationen und beflügelten sie Vorschläge zur Einbeziehung der Handwerker, Gewerbetreibenden, Einzelhändler und Privatunternehmer in den sozialistischen Aufbau, sowie zur Gewinnung weiterer werktätiger Bauern für die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft zu unterbreiten.

Die SED rief die Arbeiterklasse und alle Werktätigen auf, die Anstrengungen zum Schutze der Arbeiter- und Bauern-Macht zu verstärken und alle Formen der bürgerlichen Ideologie entschlossen

zu bekämpfen. Sie hatte die geschichtliche Erfahrung gemacht, daß die imperialistischen Kreise nichts unversucht lassen würden, um die sozialistische Entwicklung der DDR zu behindern. Damit war jedoch immer die Gefahr eines Krieges in Europa verbunden. Um den Frieden sichern zu helfen, schlug die SED deshalb vor, eine Konföderation als angewandte Form der Politik der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD anzustreben. Dieser Vorschlag war darauf gerichtet, die aggressivsten Kräfte des Imperialismus in der BRD zurückzudrängen, der Arbeiterklasse und den andern Werktätigen in der BRD günstigere Kampfbedingungen für Demokratie, sozialen Fortschritt und gegen die weitere Militarisierung der BRD zu schaffen und so auf der Basis von Gleichberechtigung und Unabhängigkeit eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD zu erreichen. Die Initiativen der SED und der Regierung der DDR waren Bestandteil der Friedens- und Entspannungspolitik der Staaten des Warschauer Vertrages.

Zu Beginn der sechziger Jahre traten die Erfolge der Politik der SED und der von ihr geführten Nationalen Front der Deutschen Demokratischen Republik für den Aufbau des Sozialismus und die Sicherung des Friedens deutlich hervor. Im Frühjahr 1960 wurde der langjährige, bereits mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung eingeleitete Prozeß der Bauernbefreiung erfolgreich beendet. Alle Bauern der DDR vereinten sich in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und schlossen die im Jahre 1952 begonnene sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft ab. Damit wurde der Restauration kapitalistischer Verhältnisse in der DDR endgültig der Boden entzogen. Wenngleich mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Produktion neue Probleme auftraten, entstanden damit die wichtigsten Voraussetzungen für die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktivkräfte und den Aufbau einer modernen sozialistischen Landwirtschaft. Im Jahre 1960 zeigten sich auch grundlegende Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur des Handwerks und der privaten Industrie. Die Produktionsgenossenschaften des Handwerks und die Betriebe mit staatlicher Beteiligung wurden die entscheidende Produktionsform in diesen Volkswirtschaftszweigen. Durch die Veränderungen der sozialökonomischen Verhältnisse in der Wirtschaft wurden bereits 1960 89,9% des gesellschaftlichen Gesamtprodukts in volkseigenen und genossenschaftlichen oder halbstaatlichen Betrieben erzeugt. In ihnen waren rd. 90% aller Beschäftigten tätig. Offenbar war diese Entwicklung reaktionären Kreisen der BRD und sogar der USA ein Dorn im Auge, denn sie versuchten den kontinuierlichen wirtschaftlichen Aufschwung zu unterminieren. Sie scheuten keine Anstrengungen, um durch Abwerbung von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Ärzten, Lehrern und qualifizierten Facharbeitern der DDR zu schaden und die sozialistische Entwicklung zu hemmen. Im Sep-

tember 1960 kündigte die Regierung der BRD bestehende Handelsvereinbarungen mit der DDR, wenngleich all diese Maßnahmen sich als Fehleinschätzungen erwiesen. Wie eingestanden werden mußte, gab »es doch nicht den geringsten Hinweis darauf, daß eine kritische Phase erreicht wäre oder gar ein Zusammenbruch im Bereich des Möglichen läge.«

So bleibt uns kein anderer Schluß als die historisch bezeugte Erkenntnis, daß die führenden imperialistischen Kräfte eine weitere Veränderung des Kräfteverhältnisses im Herzen Europas zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus aufzuhalten und rückgängig zu machen suchten.

Alle Versuche der monopolistischen Kreise zielten darauf ab, den Nachweis für die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus im friedlichen Wettstreit zu verhindern, die sozialistische Ordnung der DDR zu unterhöhlen und Vorwände für einen bewaffneten Überfall auf die DDR im Herbst 1961 zu schaffen. Auch aus diesem Grunde hoben die Teilnehmer der Beratung der Kommunistischen und Arbeiterparteien im November 1960 die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen die wachsende Aggressivität des Imperialismus hervor. Die Teilnehmer bezeichneten es als Pflicht aller Staaten des sozialistischen Lagers und aller friedliebenden Völker, die Unantastbarkeit der DDR als eines Vorpostens des Sozialismus in Westeuropa gegenüber den aggressiven Plänen des Imperialismus zu gewährleisten. Sie stellten fest, daß der DDR im Kampf um den Frieden, gegen den Imperialismus eine hohe Verantwortung zukommt. In dieser Situation wandte sich die Volkskammer der DDR mit »dem deutschen Friedensplan« an den Bonner Bundestag und die Regierung der BRD. Die Volkskammer schlug vor, unverzüglich Verhandlungen zwischen Vertretern beider deutschen Staaten über eine Friedensregelung und Fragen der Zusammenarbeit aufzunehmen.

Im Gegensatz zum Verständigungsangebot der Volkskammer hielten die aggressiven Führer der westdeutschen CDU/CSU an ihrer aggressiven Politik fest und verkündeten ihren Kurs in einer am 11. Juli 1961 abgegebenen Grundsatzerklärung, der zufolge sie danach streben, »ein wiedervereinigtes Deutschland zu schaffen, das in die europäische Gemeinschaft und damit auch in die NATO integriert ist.«

Um die drohende Gefahr abzuwenden, beschloß in Vereinbarung mit den Partnern des Warschauer Vertrages der Ministerrat der DDR im August 1961 Maßnahmen zur Herstellung einer festen Ordnung an den Grenzen der DDR und zum Schutze der Bürger. Indem am 13. August 1961 die Staatsgrenzen der DDR nach Westberlin unter sichere Kontrolle genommen und ordentliche Verhältnisse in den Grenzbeziehungen zwischen den Staaten und Westberlin hergestellt wurden, wurden Voraussetzungen für eine weitere

Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer friedlichen Beziehungen zu den Völkern Europas geschaffen. Der westdeutsche Publizist Sebastian Haffner gelangte drei Jahre später, im Jahre 1964 zu dem Eingeständnis, daß der 13. August 1961, je mehr Abstand man vom Ereignis selbst gewinnt, »ein sekuläres Datum deutscher Geschichte, nicht weniger einschneidend als der 11. November 1918 und der 8. Mai 1945 . . . war. Er war die dritte, diesmal unblutige Niederlage: die Niederlage einer (west-) deutschen Politik, die (West-)Deutschlands Situation durch Druck, Zwang und Kalten Krieg, in der letzten Konsequenz notfalls wohl durch einen wirklichen Krieg, zu verbessern hoffte.«

Die Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik befürwortete die Maßnahmen der Regierung des sozialistischen Friedensstaates vom Jahre 1961 mit einem umfangreichen Produktionsaufgebot zur allseitigen Stärkung des Arbeiter- und Bauernstaates. Das Vorbild der Arbeiterklasse beflügelte auch die Genossenschaftsbauern und Werktätige aller anderen Schichten zu patriotischen Taten.

Verglichen mit der Produktion des Jahres 1955 wuchs die industrielle Bruttoproduktion in den folgenden Jahren von 100 auf 315 Prozent. Die Vorzüge der sozialistischen Gesellschaftsordnung in Industrie, Bauwesen, Landwirtschaft, Verkehrswesen u.a. Bereichen traten immer sichtbarer hervor. Ende der sechziger Jahre überstieg das produzierte Nationaleinkommen der Deutschen Demokratischen Republik erstmals die 100-Milliarden-Mark-Grenze, was das Vielfache des Nationaleinkommens zum Zeitpunkt der Gründung der DDR ausmachte. Die Friedenspolitik der DDR hatte den Beweis erbracht, daß der aggressive Imperialismus und Militarismus gezügelt und der Ausbruch eines Weltkrieges von deutschem Boden aus verhindert und ein weiterer gesellschaftlicher Aufschwung erreicht werden kann.

Der VIII. Parteitag beschloß ein umfangreiches sozialpolitisches Programm zur Ausgestaltung des Lebens in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und formulierte in einem Fünf-Punkte-Programm das Konzept der DDR zur Sicherung des Friedens in Europa. Die DDR erklärte sich zur aktiven Teilnahme an der Vorbereitung und Durchführung der europäischen Sicherheitskonferenz bereit. Sie bekundete ihre Bereitschaft, Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen und ihrer Spezialorganisationen zu werden. Die DDR war danach gewillt, mit allen Staaten, auch der BRD, normale diplomatische Beziehungen aufzunehmen, die die Grundsätze der Souveränität und Gleichberechtigung beachten. Schließlich erklärte sie sich unverändert bereit zur Normalisierung des Verhältnisses gegenüber Westberlin, um damit zur Entspannung im Zentrum Europas beizutragen.

Wie eine Bestätigung der geschichtsmethodologischen Erkenntnis über den Zusammenhang von nationalgeschichtlicher Entwicklung

und Weltgeschichte strahlte die erfolgreiche Entwicklung in der DDR zur Stärkung des sozialistischen Friedensstaates auf die Beziehungen anderer Staaten zur Deutschen Demokratischen Republik aus. Immer mehr erhöhte sich das Interesse an der Zusammenarbeit mit der DDR und die Bereitschaft nichtsozialistischer Staaten zur Herstellung normaler Beziehungen und eine vielgestaltige Zusammenarbeit. Die entscheidenden diplomatischen Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik wurden unmittelbar nach ihrer Gründung, zu allen sozialistischen Staaten hergestellt. In den Jahren 1971 bis 1973 nahmen mehr als 60 nichtsozialistische Staaten normale diplomatische Beziehungen mit der DDR auf, darunter fast alle westeuropäischen Staaten. Der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD zur Herstellung normaler Beziehungen, der zugleich das Prinzip der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa im Ergebnis der Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg fixierte, förderte auch die Herstellung völkerrechtlich gesicherter Prinzipien zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der BRD.

Der Vertrag über die Grundsätze der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, dessen sind wir unsererseits gewiß, und die DDR unternimmt dafür alle Anstrengungen, kann uns mit den in Verhandlung befindlichen Nachfolgevereinbarungen zur weiteren Normalisierung der Beziehungen führen, durch die die Grundsätze der Zusammenarbeit auf verschiedensten Gebieten im Geiste der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung ihre Nutzenanwendung finden.

Im September 1973 wurde die DDR Mitglied der Organisation der Vereinten Nationen. Damit war die gleichberechtigte Teilnahme der DDR am internationalen Leben gesichert, und sie spielt eine immer größere Rolle als Faktor des Friedens und der Sicherheit in den europäischen und internationalen Angelegenheiten.

Mit der Durchführung und dem erfolgreichen Abschluß der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurden wichtige außenpolitische Aufgaben, wie wir sie aus dem Programm der KPdSU und den Programmen anderer kommunistischer und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder und in anderen Staaten kennen, erfüllt.

In vergleichender Bewertung darf der Historiker die Vorbereitung, Durchführung und den erfolgreichen Abschluß dieser Konferenz auf höchster Ebene als die größte kollektive internationale Aktion zur Festigung der Sicherheit und der Prinzipien der friedlichen Koexistenz seit der Antihitlerkoalition in Europa bezeichnen. Er kann feststellen, daß die Kräfte, die durch den Kampf zur Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus neu geschaffenen Bedingungen für Frieden und sozialen Fortschritt zu nutzen wissen, ge-

wachsen sind. Dabei unterschätzt gerade der Historiker die der historischen Entwicklung innewohnenden Widersprüche in gar keinem Falle. Er erklärt ganz im Sinne des Anliegens dieser Konferenz über die »Wege und Kräfte des Krieges und des Friedens — gestern, heute und morgen«, daß die Erfahrungen im Kampfe gegen den Krieg und die heute erreichten Fortschritte für Entspannung und Sicherheit in Europa die Festigung des Sozialismus als der besten Garantie für die zukünftige Sicherung des Friedens im Interesse der Völker fordern.